

Was wissen Schüler über die DDR?

Ergebnisse einer Untersuchung in Berlin und Nordrhein-Westfalen

Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder

Mit einer breiten, vergleichend angelegten Schülerbefragung versuchte der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin zu klären, ob bei Schülern der 10. und 11. Klassen in Ost- und Westdeutschland ein gleiches Bild der DDR existiert oder ob sich die gespaltenen Sichtweisen älterer Generationen herkunftsspezifisch fortsetzen. Darüber hinaus sollte herausgefunden werden, wie Schüler heute die beiden deutschen Teilstaaten im direkten Vergleich bewerten. Über 5 000 Schüler füllten in vier Bundesländern einen umfangreichen Fragebogen aus. Zusätzlich wurden mit ausgewählten Schülern Gespräche geführt. Die Auswertung der Berliner Befragung, an der knapp 2 400 Schüler in etwa gleichem Verhältnis aus Ost- und West-Berlin teilnahmen, wurde kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie brachte überraschende Ergebnisse. In Nordrhein-Westfalen beteiligten sich knapp 900 Schüler in zwei Städten – Aachen und Bochum – an der Umfrage.

Die Schüler aus Berlin, Aachen und Bochum haben zumindest drei Dinge gemeinsam: Sie unterscheiden sich nicht in der politischen Selbsteinstufung, wissen wenig über die DDR und beklagen, in der Schule würde dieses Thema kaum oder überhaupt nicht behandelt. Nicht einmal jeder fünfte Schüler in Berlin gibt an, viel über die DDR zu wissen, erstaunlicherweise gleichermaßen in beiden Teilen der ehemals geteilten Stadt. Aber immerhin knapp 60 Prozent wünschen, mehr über die DDR auch in der Schule zu erfahren. In Nordrhein-Westfalen geben fast 90 Prozent aller Schüler an, wenig oder nichts über die DDR zu wissen, aber mehr als die Hälfte der Schüler bekundete Interesse an der DDR und möchte mehr über sie auch in der Schule erfahren.

Nur gut jeder zehnte Schüler in Nordrhein-Westfalen gab an, er fühle sich als „Wessi“ und wolle generell nichts mit „Ossis“ zu tun haben. Unter den Jungen sind es aber immerhin knapp 19 Prozent und unter den ausländischen Schülern sogar gut 24 Prozent, die so denken. Die breite Mehrheit der Schülerinnen und Schüler hat dagegen keine generellen Vorurteile gegenüber ihren ostdeutschen Landsleuten. Die befragten Schüler aus Aachen und Bochum ordneten sich mehrheitlich der politischen Mitte oder dem linken Spektrum zu. Wären sie wahlberechtigt, kämen SPD und Bündnis-Grüne zusammen auf eine breite Mehrheit. Allerdings spielt die politische Orientierung bei der Bewertung der DDR erstaunlicherweise eine geringe Rolle. Linke und rechte Schüler sehen manche Aspekte der DDR im Gegensatz zu den anderen Befragten sogar aus einem ähnlichen Blickwinkel.

Die befragten Berliner Schüler ordnen sich etwa zur Hälfte politisch der Mitte zu, gut 40 Prozent fühlen sich dem linken und nur gut 8 Prozent dem rechten Spektrum mehr oder weniger zugehörig. Allerdings können nicht alle Schüler zwischen „links“ und „rechts“ im tradierten Sinne differenzieren. In den Parteipräferenzen treten die Ost-West-Unterschiede stark hervor, insbesondere bei den Bündnis-Grünen und der PDS. Im Ostteil der Stadt fällt das Ergebnis für die Bündnis-Grünen, die im Westteil auf über 20 Prozent kämen, deutlich niedriger aus, das für die PDS im Westteil sogar katastrophal: Sie erzielte weniger als 5 Prozent gegenüber 18 Prozent im Ostteil.

Die beiden deutschen Teilstaaten im Vergleich

Im ersten inhaltlichen Teil des Fragebogens wurden die Schüler gefragt, was sie in welchem deutschen Teilstaat besser fanden. Die Palette des geforderten Vergleichs erstreckte sich von Urteilen über das politische und gesellschaftliche System bis hin zu Bewertungen von Freizeitangeboten wie Diskos oder der Qualität öffentlicher Verkehrsmittel. Im Ergebnis stehen geradezu eklatante Ost-West-Unterschiede.

Die am häufigsten genannten positiven und negativen Eigenschaften der beiden Gesellschaftssysteme beziehen sich auf eher unpolitische Aspekte. Bei der Betrachtung der DDR werden Mietpreise, Ausbildungsplätze, die Kindergarten- und Schulbetreuung sowie eine intensive Sportförderung besonders positiv gewertet, der Bundesrepublik werden die Reise- und Einkaufsmöglichkeiten, das gute Leben sowie – als einzige politische Dimension – die Pressefreiheit zugute gehalten. Auf der Negativseite der Bundesrepublik stehen der mangelhafte Familienzusammenhalt, die Mietpreise und die fehlende Hilfsbereitschaft. Der DDR werden unzureichende Reise- und Einkaufsmöglichkeiten sowie die nicht vorhandene Pressefreiheit angekreidet.

Bei den eher den Alltag der Menschen betreffenden Fragen, die die meisten Schüler wahrscheinlich vor ihrem eigenen familiären Hintergrund beantwortet haben, schneidet die DDR in Ost-Berlin sehr gut und im Westteil sowie in Nordrhein-Westfalen zumindest besser oder mindestens genauso gut wie die Bundesrepublik ab. Allerdings gründen die Urteile zum Teil auf unterschiedlichen Annahmen. West-Berliner Schüler halten den Zusammenhalt in der Familie und die Hilfsbereitschaft in der DDR häufig für besser bzw. ausgeprägter, weil sie vermuten, die Menschen hätten sich notgedrungen gegenseitig mehr helfen müssen als in der Bundesrepublik. Ihre Ost-Berliner Schülerkollegen dagegen verweisen oft auf bessere Rahmenbedingungen und einen insgesamt sozialeren Umgang der Menschen miteinander.

Ein anderer Blick und die unterschiedliche Begründung werden auch bei dem Thema „Kinderbetreuung“ deutlich. Ost-Berliner Schüler fällten ihr Urteil mit Verweis auf das flächendeckend vorhandene Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und halten mit absoluter Mehrheit die Verhältnisse in der DDR für besser, West-Berliner Schüler beziehen die Qualität und die individuelle Entscheidungsfreiheit mit ein und favorisieren mit relativer Mehrheit die bundesrepublikanischen Verhältnisse. In Nordrhein-Westfalen votierte zwar eine relative Mehrheit für die Bundesrepublik, aber jeder vierte befragte Schüler bewertete die Betreuung in beiden Staaten als gut. Unter den Mädchen neigte die relative Mehrheit zur DDR. Sie wünschen sich ein flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder wie in der DDR. Erstaunlicherweise glaubt nur eine kleine Minderheit von nicht einmal jedem Zehnten, daß die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der DDR besser verwirklicht gewesen sei. Eine knappe absolute Mehrheit sieht die Bundesrepublik hinsichtlich dieses Aspekts im Vorteil, und knapp 40 Prozent beurteilen diesbezüglich die beiden deutschen Teilstaaten gleich.

Was Freizeitangebote betrifft, lehnten die Jugendlichen aus dem Westteil Berlins die DDR-Praxis mehrheitlich ab – wie auch die Mehrheit der Schüler aus Nordrhein-Westfalen –, während sie im Ostteil mehrheitlich befürwortet wurde. Selbst dort, wo sich eine jeweilige Mehrheit in der Bewertung einig ist, differieren die Anteile beträchtlich. So erhielt zum Beispiel das politische System des Westens von einer Mehrheit in beiden Stadtteilen bessere Noten, im Westteil von etwa 81 Prozent, im Ostteil dagegen nur von 53 Prozent. Eine nahezu spiegelverkehrte Sicht haben die Berliner Schüler bei der Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit, die nach Meinung einer

Mehrheit der Ost-Berliner Schüler in der DDR besser verwirklicht war, nach der einer sehr großen Mehrheit der West-Berliner jedoch in der Bundesrepublik.

In der vergleichenden Bewertung von Staat und Gesellschaft sehen wir bei den befragten Schülern ein doppelt gespaltenes Bild der beiden deutschen Staaten. West-Berliner favorisieren auf nahezu allen Feldern die alte Bundesrepublik, Ost-Berliner Schüler mehrheitlich die DDR, trennen jedoch zwischen eher allgemeinen politischen Dimensionen, bei denen auch sie mehrheitlich, mit allerdings deutlich geringeren Anteilen, die Bundesrepublik präferieren, und eher sozialpolitischen und alltäglichen, wo sie der DDR den Vorzug geben.

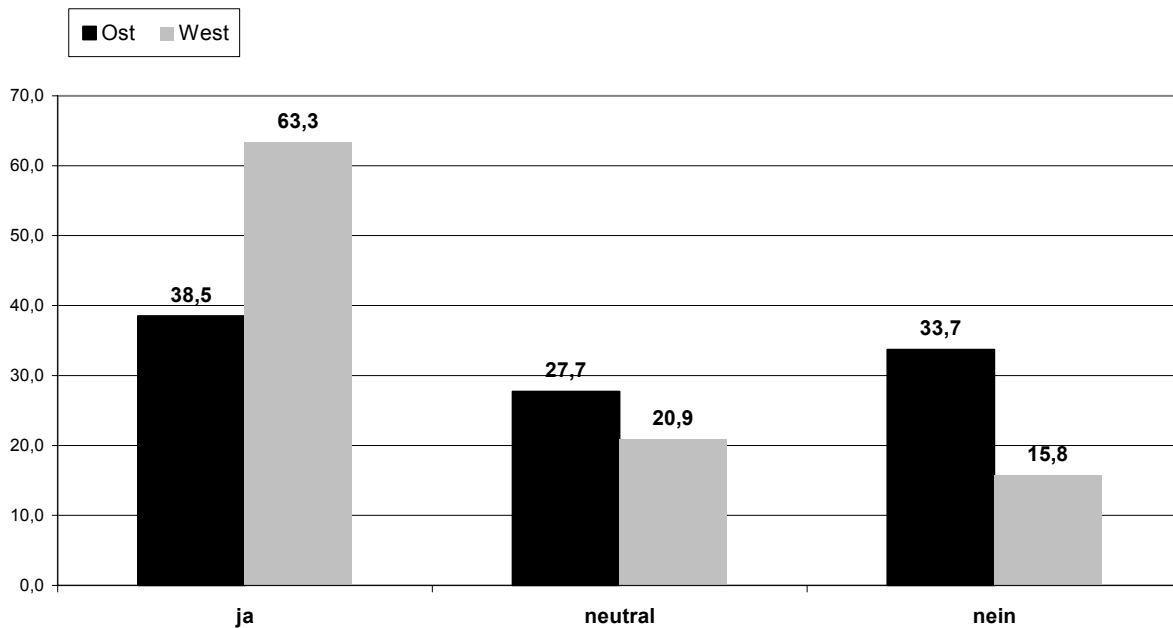


Abbildung 1: Vor 1989: BRD besser als DDR

Viele Ostdeutsche bewerten bei Umfragen oder im persönlichen Gespräch die beiden deutschen Staaten als gleichrangig, indem sie dem einen Staat diese, dem anderen jene Vorzüge und Nachteile zuordnen. Den Gegensatz von Demokratie und Diktatur ebenso wie den von Freiheit und Unfreiheit heben sie – gleichsam dialektisch – in der Behauptung auf, die beiden Staaten seien zwar anders gewesen, aber keiner könne in der Gesamtschau als besser oder schlechter beurteilt werden. Diese Äquidistanz gegenüber der DDR und der Bundesrepublik teilt im engeren Sinne nur eine kleine Minderheit von etwa jedem zwanzigsten Schüler, in einem weiteren Sinne aber gut jeder dritte. Hierzu gehören überdurchschnittlich viele Ost-Berliner und Gesamtschüler. In beiden Gruppen liegt die Ablehnung einer gleichwertigen Einordnung von DDR und Bundesrepublik knapp unter 50 Prozent. In West-Berlin lehnen dagegen knapp drei Viertel aller Befragten eine Gleichsetzung der beiden Systeme ab und votieren damit implizit für die Bundesrepublik. Die starke Minderheit der „Neutralen“ möchte mit ihrer Haltung offensichtlich ausdrücken, daß sie zwar Unterschiede zwischen den beiden Systemen sieht und der DDR etwas kritischer als der Bundesrepublik gegenüber eingestellt ist, aber dennoch ein eindeutiges Votum für die Bundesrepublik oder die DDR verweigert. Diese Haltung nehmen im Ostteil der Stadt immerhin knapp 42 Prozent, im Westteil gut 25 Prozent ein.

Konkrete Meinungen zu Staatsintervention, Bildungswesen und politischem System

Neben der vergleichenden Bewertung von alter Bundesrepublik und DDR wurde mittels verschiedener Teilskalen das konkrete Urteil über verschiedene Dimensionen der DDR abgefragt. Mit jeweils drei oder vier Aussagen sollte der Blick auf Politik und Gesellschaft der DDR erforscht werden. Gefragt wurde nach der Einschätzung von Sozial- und Wirtschaftspolitik, von Schule und Alltag, Jugend und Familie sowie nach Außenpolitik und generell nach dem Charakter der Diktatur und der Repression.

In Berlin punktet die DDR insbesondere bei der Sozialpolitik und – etwas abgeschwächt – ausgerechnet bei der Wirtschaftspolitik. Knapp drei Viertel der Schüler – im Ostteil sogar knapp 85 Prozent – haben ein positives Bild von der DDR-Sozialpolitik oder zeigen sich diesbezüglich unentschieden. Selbst in West-Berlin schließen sich diesem mehr oder weniger ausgeprägten Lob für den SED-Staat knapp zwei Drittel der Befragten an. So stimmten mehr als drei Viertel der Ost-Berliner Schüler dem Statement zu, daß es gut sei, wenn der Staat die Löhne bestimme, auch wenn der Wohlstand für alle geringer ausfalle. Selbst im Westteil freundete sich hiermit knapp jeder Zweite an; strikte Ablehnung bekundet im Westen nur jeder Fünfte und im Osten jeder Zwanzigste. Großen Zuspruch erhielt auch die Aussage, die Wirtschaft könne nur gut funktionieren, wenn der Staat alles plant und lenkt. Diese Behauptung lehnte nicht einmal jeder zweite Schüler ab. Die hohe Anspruchshaltung der Schüler gegenüber dem Staat zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Antworten, nicht nur in Ost-Berlin, dort aber besonders ausgeprägt. Eine Einschränkung individueller Freiheiten nimmt jeder dritte Ost-Berliner Schüler in Kauf, wenn sich der Staat wie in der DDR um alle Bürger kümmert; von den West-Berliner Schülern ist lediglich eine knappe absolute Mehrheit mit dieser Vorstellung nicht einverstanden.

In Nordrhein-Westfalen ergab die Umfrage ähnliche Ergebnisse in bezug auf die Sozialpolitik. Der auch hier bei vielen Schülern vorhandene sozial verklärte Blick auf die DDR äußerte sich in dem hohen Anteil derjenigen, die die Rentenpolitik in der DDR für besser als in der Bundesrepublik oder in beiden Teilstaaten für gleich halten. Nur gut 56 Prozent der befragten Schüler vermuten bessere Renten in der Bundesrepublik. Ein ähnliches Ergebnis zeigte sich bei der Frage nach der generellen Versorgung im Alter, auch hier schneidet die DDR erstaunlich gut ab. Knapp zwei Drittel der Schüler – unter den Gesamtschülern sogar über 70 Prozent – haben ein positives oder unentschiedenes Bild von der DDR-Sozialpolitik. Eine breite Mehrheit von Schülern lobte die DDR für ihre Arbeitsplatzgarantie und würde auch eine staatliche Bestimmung der Löhne und einen geringeren Wohlstand in Kauf nehmen. Dieser Sichtweise widersprach nur gut jeder vierte der befragten nordrhein-westfälischen Schüler. Selbst eine Einschränkung individueller Freiheiten würden knapp 17 Prozent befürworten und gut 23 Prozent zumindest nicht ablehnen, wenn sich der Staat wie in der DDR um alle Bürger kümmerte. Erneut sind es vor allem Gesamtschüler, die dies der DDR überdurchschnittlich häufig zugute halten. Noch mehr Zustimmung erfuhr die Behauptung, die Wirtschaft könne nur gut funktionieren, wenn der Staat alles plant und lenkt. Hier stimmen gut 30 Prozent zu, knapp 23 Prozent äußern sich neutral, und nur gut 47 Prozent, unter den Gesamtschüler sogar nur 42 Prozent, widersprechen.

Ein etwas anderes, aber in Berlin immer noch gespaltenes Bild zeigten die Fragen zum Komplex „Schule und Alltag“. Eine knappe absolute Mehrheit sprach sich gegen die Gestaltung von Schule und Alltag in der DDR aus. Etwa dreimal so viele Ost- wie West-Berliner Schüler präferierten aber im nachhinein das DDR-Modell. Die immer noch leicht positive Beurteilung durch viele Schüler verdankt die DDR der falschen

Annahme, das Schulsystem in der DDR sei durchlässiger als das in der Bundesrepublik gewesen, und es hätten dort mehr Schüler als in der Bundesrepublik Abitur machen und studieren können. Woher diese Annahme stammt, konnte auch durch die Gespräche nicht eindeutig geklärt werden. Einige Schüler hatten gehört, in der DDR seien Arbeiterkinder besonders gefördert worden. Hieraus schlossen sie auf einen höheren Anteil an Abiturienten und Studierenden. Die Tatsache, daß in den achtziger Jahren der Anteil der Arbeiterkinder unter Abiturienten der DDR niedriger war als in der Bundesrepublik und die Quote der Studierenden ebenfalls deutlich geringer ausfiel, war nahezu allen Schülern unbekannt. Auch in Nordrhein-Westfalen möchte nur eine kleine Gruppe, unter ihnen erstaunlich viele Ausländer, so leben wie in der DDR. Dabei führt vor allem die irriige Annahme, in der DDR hätte allein die Leistung den Schul- und Studienerfolg garantiert, zu dieser Einstellung. Eine breite Zweidrittelmehrheit jedoch möchte mit diesen Verhältnissen nichts zu tun haben.

Viele Ost-Berliner Schüler sind nicht in der Lage, eine klare Trennlinie zwischen Demokratie und Diktatur zu ziehen. So verneinte nicht einmal jeder zweite die Aussage, die DDR sei keine Diktatur gewesen, sondern die Menschen hätten sich nur wie überall anpassen müssen. Im Westteil widersprachen immerhin über 60 Prozent dieser Behauptung. Noch drastischer fielen die Antworten zur Legitimation der DDR-Regierung durch demokratische Wahlen aus. Nur eine Minderheit erkannte überhaupt die Problemlage, viele konnten die Frage nicht beantworten, so daß unter dem Strich nur jeder zweite West-Berliner und nicht einmal 40 Prozent der Ost-Berliner Schüler eindeutig eine fehlende Legitimation feststellten. Ehemalige Stasi-Mitarbeiter dürfte ein Ergebnis besonders freuen: Knapp 40 Prozent im Ost- und immerhin noch knapp 25 Prozent im Westteil hielten das MfS für einen Geheimdienst, wie ihn jeder Staat hat.

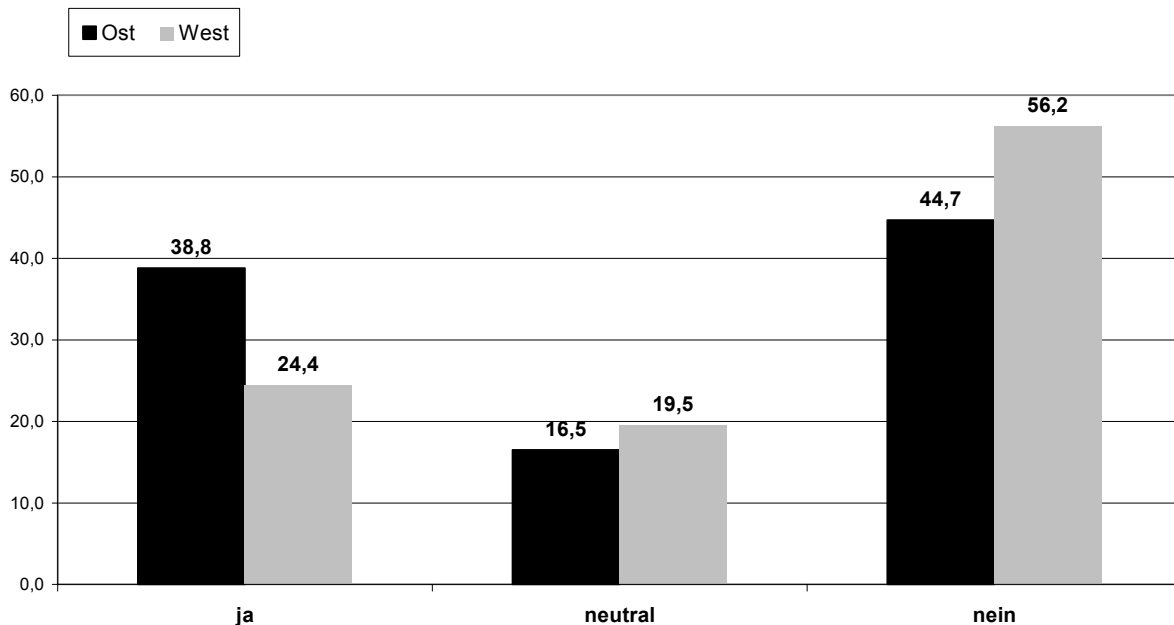


Abbildung 2: MfS war normaler Geheimdienst

In Nordrhein-Westfalen erfuhr die Verharmlosung/Relativierung repressiver Maßnahmen eine klare Ablehnung. Deutlich mehr als drei Viertel der Befragten lehnten jede Verharmlosung ab. Hervorzuheben bleibt, daß fast 90 Prozent der Schüler die von der SED angeordneten Maßnahmen an der innerdeutschen Grenze, die zum Tod zahlreicher Menschen führten, eindeutig als Verbrechen kennzeichnen. Gleichzeitig läßt diese breite Mehrheit keinen Zweifel daran, daß sie sehr wohl den repressiven Charak-

ter der DDR erkennt und verurteilt. Allerdings hielt auch in Nordrhein-Westfalen jeder vierte Schüler das MfS für einen Geheimdienst, wie ihn jeder Staat hat, und noch einmal knapp jeder fünfte lehnt diese Behauptung zumindest nicht ab. Es waren vor allem männliche Schüler und Gesamtschüler, die die Stasi für einen normalen Geheimdienst hielten.

In der Gesamtbewertung der DDR ergibt sich in Berlin kein eindeutiges Bild: Neben einer knappen absoluten Mehrheit der Berliner Schüler, unter ihnen überdurchschnittlich viele West-Berliner und ausländische Schüler sowie Gymnasiasten, die die DDR negativ beurteilten, wollte sich die andere knappe Hälfte, darunter viele Ost-Berliner, Gesamtschüler und deutschstämmige Zuwanderer, mehrheitlich nicht auf ein Urteil festlegen. Eine absolute Mehrheit in diesen drei Gruppen wies eine neutrale Sicht auf den SED-Staat auf, die gleichermaßen von positiven und negativen Urteilen einzelner Aspekte bestimmt ist.

Nur eine kleine Minderheit der nordrhein-westfälischen Schüler hegt ein positives Bild der DDR, eine Mehrheit verband mit dem SED-Staat vor allem negative Aspekte, aber mehr als jeder Vierte konnte oder wollte sich nicht zu einer eindeutigen Bewertung durchringen, sieht also positive wie negative Aspekte. Dieses eher diffuse oder neutrale Bild von der DDR bei einer nennenswerten Zahl der befragten Schüler resultiert in erster Linie aus ihrem unzureichenden und mangelhaften Wissen, wird aber auch stark beeinflusst von politischen Einstellungen und der Parteipräferenz. Auch die Herkunft der Schüler sowie der Wunsch, etwas über die DDR zu erfahren, und die Behandlung des Themas in der Schule sowie vor allem die Schulart haben offenbar großen Einfluß auf das Bild der DDR.

Bedeutung der bildungs-, herkunfts- und geschlechtsspezifischen Unterschiede

Ein eher kritisches Bild des SED-Staates hatten Jugendliche, die angeben, viel über die DDR zu wissen, und die in der Familie und im Freundeskreis öfter über sie sprechen. Die politische Einstellung hat erstaunlicherweise wenig Einfluß auf die jeweilige Sicht der DDR. Die Parteipräferenz dagegen wirkt sich stärker aus, wobei auf der DDR-kritischen Seite vor allem die Sympathisanten der Bündnis-Grünen und auf der der DDR eher zugeneigten die Anhänger von PDS und NPD stehen.

Neben den bildungs- und herkunftsspezifischen Unterschieden gibt es geschlechts- und altersspezifische. Mädchen neigen häufiger zu einer neutralen Haltung, ältere Schüler sind dagegen deutlich kritischer und entscheidungsfreudiger eingestellt als jüngere. Geradezu eklatant ist die Differenz im Urteil zwischen Gymnasiasten und Gesamtschülern. Während unter Berliner Schülern nicht einmal 40 Prozent den SED-Staat im Gesamturteil negativ sehen, liegt dieser Anteil unter Gymnasiasten bei fast zwei Dritteln.

Der weitgehenden Befürwortung des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik durch West-Berliner und ausländische Schüler bei gleichzeitiger Ablehnung der meisten Charakteristika der DDR steht eine eher distanzierte Haltung der Ost-Berliner Schüler dem vereinten Deutschland gegenüber bei einem gleichzeitig milden Blick auf die DDR. Weiterhin werden auch bei jüngeren Generationen Bundesrepublik und DDR als Alternativen betrachtet, so daß ein positives Bild der Bundesrepublik zumeist mit einem negativen der DDR korrespondiert und umgekehrt.

Das Bild der Schüler über das geteilte Deutschland gründet weniger auf Wissen denn auf Vermutungen und Vorurteilen. Die unterschiedlichen Milieus wirken in Schule, Familie und Freundeskreis anscheinend stärker als erwartet nach. Ein Annäherungs-

prozeß bei den Geschichtsbildern ist noch nicht zu beobachten. Der vermutete geringe Kenntnisgrad über die DDR hat sich größtenteils bestätigt: Von den acht Wissensfragen, die wir den Schülern gestellt haben, wurden nur wenige von einer Mehrheit aller Schüler richtig beantwortet.

Auch bei diesem Fragebogenkomplex erweist sich die Herkunft der Schüler – West- oder Ost-Berlin oder Ausland – als ausschlaggebend für ihre Antworten. Die Frage nach der höheren Lebenserwartung zum Beispiel beantworten knapp 61 Prozent der West-Berliner, aber nur knapp 38 Prozent der Ost-Berliner Schüler richtig. Gleiches gilt für die Todesstrafe, die eine Mehrheit fälschlicherweise keinem der beiden deutschen Teilstaaten zutraut. Nur 17 Prozent im Ost- und 26 Prozent im Westteil geben mit „DDR“ die richtige Antwort an. Die meisten Lehrer wußten hierüber ebenfalls nicht Bescheid. Einige Ost-Berliner unter ihnen wollten dies selbst nach Erläuterung nicht glauben.

Bei der Frage nach der saubereren Umwelt ergab sich ein gespiegeltes Ost-West-Bild. Die West-Berliner Schüler halten die Umweltpolitik der Bundesrepublik mehrheitlich für besser, die Ost-Berliner fälschlicherweise die der DDR – und auch in Nordrhein-Westfalen weiß nur jeder dritte Schüler, in welchem deutschen Teilstaat die Umwelt besser war. Überraschenderweise liegt in der Gesamtauswertung der Berliner Studie die DDR knapp vor der Bundesrepublik, das heißt, einer der europaweit führenden Umweltverschmutzer wurde von einer relativen Mehrheit der befragten Berliner Schüler als umweltbewußter Staat eingestuft. In Gesprächen fiel das Votum für die DDR noch eindeutiger aus. Viele Schüler gaben als Begründung an, in der DDR hätte es weniger Industrie und Autos und einen kontrollierenden Staat gegeben, der der Wirtschaft Auflagen erteilen konnte. Daß der Staat bzw. die SED gerade das Gegenteil veranlaßt hat, um die Wirtschaftskraft zu steigern, war den Schülern nicht bekannt.

Die falsche Einschätzung einer relativen Mehrheit der Schüler, in der DDR hätten keine Einkommens- und Vermögensunterschiede existiert, ist vielleicht angesichts der Tatsache nachvollziehbar, daß diese Behauptung in der öffentlichen Debatte immer wieder auftaucht. Problematisch, um nicht zu sagen erschreckend, ist aber, wenn über 40 Prozent der befragten Berliner Schüler – bei den Gesamtschülern mehr als die Hälfte – und 70 Prozent der Schüler in Nordrhein-Westfalen nicht einmal wissen, in welchem Jahr die Berliner Mauer gebaut wurde, und nur ein gutes Drittel die DDR als ihre Urheberin identifizieren kann. Sie wird von vielen Schülern nur in Verbindung mit dem Kalten Krieg gesehen, ohne daß die Verantwortlichen bekannt wären.

Während Konrad Adenauer, Willy Brandt, Erich Honecker und Helmut Kohl wenigstens von einer absoluten Mehrheit der Berliner Schüler dem richtigen Staat zugeordnet wurden, waren andere Politiker vielen unbekannt. Ludwig Erhard zum Beispiel kannte nur ein gutes Viertel der befragten Schüler als bundesdeutschen Politiker, und selbst Helmut Schmidt, der bis zum heutigen Tag an öffentlichen Debatten teilnimmt, wurde von nicht einmal jedem zweiten befragten Berliner Schüler als Politiker der Bundesrepublik richtig zugeordnet. Eine beträchtliche Minderheit hielt vor allem westdeutsche Kanzler für DDR-Politiker. So hielt fast jeder dritte Befragte, im Ostteil deutlich mehr als im Westteil, Konrad Adenauer für einen DDR-Politiker, und selbst der ehemalige Regierende Bürgermeister und erste sozialdemokratische Kanzler Willy Brandt wurde von knapp jedem Fünften im Westteil und mehr als jedem Dritten im Ostteil der DDR-Führung zugeordnet. Die Befragung in Nordrhein-Westfalen brachte ähnliche Resultate.

Von den insgesamt gestellten 18 Wissensfragen konnten etwa 70 Prozent der Ost-Berliner und 65 Prozent der West-Berliner Schüler nur die Hälfte oder weniger richtig beantworten. Über einen hohen oder sehr hohen Kenntnisstand verfügten lediglich gut 8 Prozent der West-Berliner und 4,5 Prozent der Ost-Berliner Schüler. In Nordrhein-Westfalen beantwortete nicht einmal jeder zehnte Schüler 14 oder mehr Fragen richtig. Knapp 37 Prozent gaben sechs bis neun richtige Antworten und knapp 26 Prozent sogar nur 0 bis fünf richtige Antworten. Erwartungsgemäß ist der Wissensgrad über die DDR bei Gesamtschülern eher niedrig, unter Gymnasiasten allerdings erstaunlicherweise auch nicht viel höher.

Fazit der Studien in Berlin und Nordrhein-Westfalen

Für sich genommen läßt sich das zentrale Ergebnis für Berlin wie folgt zusammenfassen:

- Viele Schüler wissen nur wenig über die DDR und die deutsche Teilungsgeschichte, da sie in der Schule anscheinend nur am Rande behandelt wird und im Freundes- und Familienkreis höchstens sporadisch Gesprächsthema ist.
- Die Beurteilung der DDR durch die Schüler erfolgt insofern eher assoziativ, wobei vor allem Ost-Berliner Schüler, die bei den von uns abgefragten Themen über geringere Kenntnisse als West-Berliner verfügen, zu einer Ausblendung negativer Bereiche der DDR neigen. Sie heben insbesondere die positive soziale Dimension der DDR hervor und favorisieren generell einen Staat, der die Wirtschaft umfassend lenkt.
- Zwar steht eine Mehrheit der befragten Schüler hinter dem freiheitlich-demokratischen und pluralen System der Bundesrepublik, aber im Ostteil Berlins und unter den deutschstämmigen zugewanderten Schülern ist es nicht einmal die Hälfte, die ein eindeutiges Votum gegen die DDR und für die Bundesrepublik abgibt. Wenige Schüler haben ein durchgängig positives DDR-Bild, eine knappe absolute Mehrheit ein eher negatives, aber sehr viele Schüler sind in ihrem Urteil nicht festgelegt, sehen positive wie negative Aspekte der DDR.
- Die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur sind vielen Schülern überhaupt nicht bekannt. In dem Maße aber, wie konkretes Wissen über die DDR vorhanden ist, steigt auch der Anteil derer, die diese Diktatur nachdrücklich ablehnen.
- Neben alters- und geschlechtsspezifischen Bewertungsdifferenzen springen vor allem die Unterschiede zwischen Ost und West sowie zwischen Gymnasiasten und Gesamtschülern ins Auge. Unter vielen Ost-Berliner Schülern lebt die alte, im nachhinein idealisierte und auf ihre sozialen Aspekte reduzierte DDR fort, im Westteil wird dieser Staat von einer breiten Mehrheit vor allem als Diktatur mit sozialem Anstrich gesehen.

Das zentrale Ergebnis für Nordrhein-Westfalen kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

- Auch hier wissen die meisten Schüler nur wenig über die DDR, da sie in der Schule kaum behandelt wird und im Freundes- und Familienkreis selten Gesprächsthema ist. Die Beurteilung der DDR durch die Schüler erfolgt insofern eher assoziativ.

- Zwar werten nur sehr wenige der Befragten Politik und Gesellschaft des SED-Staates positiv und eine breite Mehrheit betrachtet diesen zweiten deutschen Teilstaat in der Gesamtschau negativ, aber eine beträchtliche Minderheit von annähernd einem Drittel besitzt ein indifferentes Bild über die DDR und sieht gleichermaßen Vor- und Nachteile, so daß bei ihnen die Gefahr einer Relativierung des diktatorischen Charakters besteht.
- Je mehr die Schüler über die DDR wissen, um so skeptischer fällt das Urteil aus, wie nicht nur die Ergebnisse des Gymnasiums St. Ursula deutlich belegen.
- In der vergleichenden Bewertung stellt sich eine breite Mehrheit der nordrhein-westfälischen Schüler eindeutig auf die Seite der pluralistisch und freiheitlich-demokratisch verfaßten Bundesrepublik und votiert gegen Unfreiheit und Diktatur in der DDR. Eine nennenswerte Minderheit, darunter überdurchschnittliche viele Gesamtschüler, neigt jedoch zu einer Verklärung der DDR, indem sie die sozialen Aspekte überbetont und die diktatorischen untergewichtet bzw. verkennt. Ihnen ist zumeist die Differenz zwischen Demokratie und Diktatur nicht geläufig.

Eine von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Auftrag gegebene Studie über das Wissen von Schülern über die DDR-Geschichte unterscheidet sich in der methodischen und inhaltlichen Ausrichtung stark von der Untersuchung des Forschungsverbundes SED-Staat, wengleich auch hier ein erschreckend niedriges Wissen vieler Schüler in Ost und West konstatiert wird. Befragt wurden Schüler in allen 16 Bundesländern, so daß aus den einzelnen Ländern nur wenige Schulen und Schüler einbezogen wurden. In Berlin waren dies fünf Schulen mit 504 Schülern, mithin deutlich weniger als in unserer Befragung. Während wir vornehmlich 16- bis 17-jährige Schüler der 10. und 11. Klassen in Gesamtschulen und Gymnasien in Ost- und West-Berlin befragt haben, beschränkte sich die Studie der Stiftung Aufarbeitung auf Gymnasien und hier auf vornehmlich Schüler der 11. Klasse. Im Gegensatz zu uns wurden die Befragungen von den Wissenschaftlern vor Ort nicht selbst durchgeführt, sondern den Schulen bzw. den Lehrern die Fragebögen per Post geschickt, die diese nach dem Ausfüllen ebenfalls per Post zurückschickten. Angesichts der Neigung einiger Lehrer, vor allem in Ostdeutschland, Schülerbefragungen als Abfragen von Wissen und als Leistungskontrollen der Lehrer zu verstehen, halten wir ein derartiges Vorgehen für äußerst problematisch. Auf verschiedene methodisch-inhaltliche Mängel der Studie werden wir in der geplanten, die Länderergebnisse vergleichenden Gesamtanalyse, die Anfang des nächsten Jahres als Buch erscheinen wird, gesondert hinweisen.

Die Ergebnisse der Berliner Befragung sind in der Reihe Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat der FU als Nr. 38/2007 erschienen, die Resultate der Umfragen in Aachen und Bochum als Nr. 39/2007. Die Papiere können zum Unkostenpreis von jeweils 15,- Euro beim Forschungsverbund SED-Staat erworben werden.